

Adi Plickert soll Frank Richter als GdP-Vorsitzender folgen

Am 4. September hat die Landesregierung den nordrhein-westfälischen GdP-Vorsitzenden Frank Richter zum Polizeipräsidenten in Hagen ernannt. Die Entscheidung der Landesregierung ist ein großer Vertrauensbeweis für die GdP. „Dass der Innenminister Frank Richter zum Polizeipräsidenten berufen hat, ehrt die GdP“, erklärte unmittelbar nach der Kabinettsentscheidung der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Peter Hugo gegenüber Journalisten. Damit die GdP auch nach dem Ausscheiden von Frank Richter aus seiner bisherigen Funktion politisch handlungsfähig bleibt, soll der Beirat bereits am 15. November entscheiden, wer als Nachfolger von Frank Richter neuer Landesvorsitzender wird. Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand hat dafür den bisherigen Vorsitzenden des Hauptpersonalrats der Polizei, Adi Plickert, vorgeschlagen. Adi Plickert, der bereits einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP ist, war in den vergangenen Jahren maßgeblich an allen wichtigen politischen Initiativen der GdP beteiligt.

Mit der Ernennung von Frank Richter zum Polizeipräsidenten setzt die Landesregierung eine alte GdP-Forderung um, dass auch Polizeibeamte die Möglichkeit bekommen müssen, eine Polizeibehörde zu führen. Meistens überträgt das Innenministerium diese Aufgabe externen Juristen. Dennoch verliert die GdP mit der Ernennung von Frank Richter einen ihrer profiliertesten, auch bundesweit bekannten Köpfe.

Frank Richter trat 1976 in den Polizeidienst des Landes NRW ein. 1985 wurde er als jüngster Vorsitzender an die Spitze der Kreisgruppe Mülheim gewählt, im März 1999 folgte die Wahl in den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand. Seit September 2005 ist Frank Richter Landesvorsitzender der GdP. Im April 2010 wurde er vom Landesdelegiertentag mit 95 Prozent der Stimmen in dieser Funktion bestätigt. Frank Richter ist seit November 2010 auch stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP, seit November 2011 ist er zudem Vizepräsident von EuroCOP, dem Dachverband der europäischen Polizeigewerkschaften.

Zu den wichtigsten politischen Erfolgen der GdP in der Zeit von Frank Richter als Landesvorsitzendem gehört die Erhöhung der Zahl der Neueinstellungen von 500 auf 1400 Kommissaranwärterinnen und -anwärter, die Durchsetzung besserer Aufstiegschancen, die Einführung des Ge-



sundheitsmanagements bei der Polizei und die Wiederherstellung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst.

Zur Frage, was die Übernahme einer Leitungsfunktion bei der Polizei für ihn persönlich bedeutet, sagte Frank Richter Mitte September auf der landesweiten Personalrätekonferenz des DGB in Mülheim an der Ruhr, dass er mit Leib und Seele Gewerkschafter ist. „Gewerkschafter ist man sein Leben lang. Daran ändert sich auch durch meine neue Funktion als Behördenleiter nichts.“

Beirat entscheidet

Zwischen dem alle vier Jahre zusammentretenden Landesdelegiertentag ist der Beirat das höchste Beschlussorgan der GdP. Im Beirat sind alle Kreisgruppen vertreten. Er entscheidet, wer als Nachfolger von Frank Richter neuer Landesbezirksvorsitzender der GdP werden soll.

Folgt der Beirat der Empfehlung des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands (GVS) und wählt Adi Plickert zum neuen GdP-Vorsitzenden, muss auch ein neuer Vorsitzender für den Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) gewählt werden. Die GdP wird hierfür den bisherigen PHPR-Geschäftsführer Karl-Heinz Kochs vorschlagen. Über diesen Vorschlag entscheidet der PHPR.

Ende des Jahres scheidet zudem der langjährige stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Peter Hugo wegen Erreichens der Altersgrenze aus dem Vorstand aus. Der Beirat soll deshalb auf seiner Sitzung am 15. November auch entscheiden, wer für die noch bis 2014 laufende Amtszeit des GVS als stellvertretender Landesbezirksvorsitzender nachgewählt wird.

GdP fordert Korrekturen am Gesetzentwurf zur Dienstrechtsreform

An Gesetzgebungsverfahren müssen die Gewerkschaften angemessen beteiligt werden, um ihre Argumente und Positionen zu Gehör bringen zu können. Das gilt auch für die Dienstrechtsreform. Mitte September hat die Landesregierung trotzdem einen „Gesetzentwurf zur Änderung besoldungs-, versorgungs- und dienstrechtlicher Vorschriften im Lande NRW“ beschlossen, ohne ihn vorher mit den Gewerkschaften zu beraten. Die GdP hat dieses Vorgehen der Landesregierung kritisiert und eine angemessene Beteiligung der Gewerkschaften angefordert. Zudem fordert sie nachhaltige Korrekturen am Gesetzentwurf.

Bereits im Koalitionsvertrag hatte die Landesregierung angekündigt, dass das bestehende Dienstrecht in NRW in zwei Schritten modernisiert werden soll. Mit Hilfe eines so genannten Reparaturgesetzes soll das Dienstrecht in einem ersten Schritt an die höchstrichterliche Rechtsprechung angepasst werden. Erst in einem zweiten Schritt sollen die inhaltlichen Veränderungen folgen.

Die GdP hat erhebliche Zweifel, dass diese Zweiteilung der Dienstrechtsreform notwendig und sinnvoll ist, weil die Umsetzung der Rechtsprechung bereits weitestgehend erfolgt ist. Hinzu kommt, dass die Landesregierung angekündigt hat, bereits im November den Entwurf für den zweiten Teil der Gesetzesreform auf den Tisch zu legen. Deshalb wäre es genauso gut möglich, beide Pakete in einem Verfahren zu behandeln. Zudem kritisiert die GdP, dass die Landesregierung in den Entwurf für das Reparaturgesetz inhaltliche Veränderungen ins Dienstrecht eingearbeitet hat, die dessen Modernisierung im zweiten Gesetzespaket erheblich erschweren würden.

Das betrifft insbesondere die im Gesetzentwurf vorgesehene Einführung von individuellen Zulagen für herausragende Leistungen. Im Gegenzug dazu ist eine Aufstiegshemmung geplant, wenn die Leistung eines Beamten nicht den mit dem Amt verbundenen durchschnittlichen Anforderungen entspricht. Das lehnt die GdP ab. Polizeiarbeit ist Teamarbeit, die sich nicht individuell messen lässt. Auch die im Reparaturgesetz beabsichtigten Neuregelungen im Besoldungs- und Versorgungsteil zeigen, dass die Weichen in eine falsche Richtung gestellt werden, schlimmstenfalls sogar abschließend.

Bereits im Frühjahr 2010 hatte die GdP Eckpunkte für ein modernes Dienstrecht vorgelegt. Die GdP dringt darin auf:

- eine Faktorisierung der Lebensarbeitszeit durch Erhöhung des Versor-

gungsfaktors für den durchgehenden Wach- und Wechseldienst,

- die Bildung von Lebensarbeitszeitkonten,
- die Schaffung eines Ruhestandskorridors,
- die Einführung einer Funktionszulage bei Übernahme eines höherwertigeren Dienstpostens ohne Beförderung,
- die Neuregelung von Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten,
- die Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage.

Die GdP verschließt sich nicht der notwendigen Reform des Dienstrechts und wird sie konstruktiv begleiten. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch, dass die Landesregierung nicht beabsichtigt, die Dienstrechtsreform aufgrund der schwierigen Haushaltssituation zu einer weiteren Sparreform zu missbrauchen.

Im Koalitionsvertrag heißt es ausdrücklich, dass der öffentliche Dienst motivierte und qualifizierte Beschäftigte benötigt. Die Politik erkennt zudem an, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren bereits einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung des öffentlichen Haushalts geleistet haben (Kürzung des Weihnachtsgeldes, Streichung von Urlaubsgeld und Erhöhung der Wochen-/Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten, Tarif- und Besoldungserhöhungen, die deutlich unter den Erhöhungen der Wirtschaft gelegen haben). Deshalb wird die GdP keine weiteren Kürzungen der Leistungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes akzeptieren.

Wir erwarten von der Politik zudem, dass die unbestritten notwendige Reform des Dienstrechts gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet wird. Dazu gehören auch Informationsveranstaltungen des Dienstherrn mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Ohne Akzeptanz bei den Betroffenen ist die Reform zum Scheitern verurteilt.

Reform neu starten!

Im Koalitionsvertrag hatten SPD und Bündnis 90/Grüne angekündigt, die Dienstrechtsreform in zwei Schritten anzugehen. Das macht Sinn, wenn dadurch die Reform beschleunigt werden soll. Aber so, wie Rot/Grün die Reform jetzt angeht, macht es keinen Sinn. Schlimmer noch: Das Reparaturgesetz repariert nichts, sondern es richtet Schaden an, weil dort Regelungen ins Dienstrecht aufgenommen werden sollen, die eine spätere Reform verhindern würden.

Dass das überkommene Dienstrecht reformbedürftig ist, steht dabei außer Frage. Auch dass die GdP bereit ist, an einer echten Reform konstruktiv mitzuarbeiten. Dazu muss sich die Landesregierung aber bewegen: Zu einer Dienstrechtsreform gehört für die GdP nicht nur die Faktorisierung der Arbeitszeit für den Wach- und Wechseldienst und die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten zwingend dazu, sondern auch eine ehrliche Antwort auf die Frage, wie die in der vergangenen Legislaturperiode von beiden Parteien versprochene Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage umgesetzt werden soll, sowie die Wiederherstellung des nur aus Spargründen radikal gekürzten Weihnachtsgeldes.

Denn wie heißt es so schön im Koalitionsvertrag: Die Beschäftigten haben bereits einen erheblichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet! Wenn das kein Wortgeklänge ist, muss Rot/Grün diese Erkenntnis auch in Politik umsetzen. Eine Dienstrechtsreform die nur auf neue Einsparungen schießt, läuft vor die Wand!

Adi Plickert, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender



Es hat sich eine Menge getan

30 Jahre Frauen in der Schutzpolizei NRW

Inzwischen ist es normaler Alltag: Jedes Jahr treten in NRW mehrere hundert Frauen ihre dreijährige Ausbildung als Polizistinnen an. 2011 waren 516 von 1400 Polizeischülerinnen und -schülern Frauen. Das ist ein Anteil von 36,9 Prozent. In diesem Jahr liegt der Frauenanteil unter allen Kommissaranwärterinnen und -anwärtern ähnlich hoch, bei 37,9 Prozent. Für die GdP ist das Anlass genug, um eine Bilanz zu ziehen: „30 Jahre Frauen in der Schutzpolizei NRW. Blick zurück nach vorn“ lautet der Titel einer Festveranstaltung am 23. Oktober in Düsseldorf, zu der der GdP-Landesbezirk nicht nur die Frauen eingeladen hat.

Was heute Normalität ist, war vor 30 Jahren eine kleine Sensation. 1982 kamen erstmals auch Frauen nach Selm-Bork und Stukenbrock, Brühl und Linnich, Wuppertal und Bochum, um sich zu Polizistinnen ausbilden zu lassen. Für die „Pilotfrauen der ersten Stunde“ war es nicht immer einfach, die Männerdomäne Polizei zu besetzen. Denn bei der Polizei musste nicht nur organisatorisch vieles geändert werden, um die Ausbildung auch für Frauen zu öffnen, sondern auch viele Lehrkräfte und viele männliche Polizeischüler mussten sich auf die veränderte Situation erst einstellen. Ein anfangs mühsamer Prozess.

Inzwischen haben die Frauen in der nordrhein-westfälischen Polizei eine Menge bewegt. Frauen sind in der polizeilichen Praxis nicht mehr wegzudenken. Mit ihrem vermehrten Auftreten hat sich nicht nur das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit gewandelt, sondern auch viele interne Strukturen haben sich nachhaltig verändert: Der Blick auf die Gestaltung des Schicht-

dienstes ist akzentuierter geworden. Fragen nach der Ausstattung der Polizei haben neue Aspekte hinzugewonnen, von der Uniform bis zum Toilettenkraftwagen. Auch die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr ins Zentrum der Personalplanung gerückt. Neue Herausforderungen sind in den vergangenen Jahren hinzugekommen: Die Möglichkeiten der Frauenförderung aber auch die Beurteilungsproblematik bilden seit einigen Jahren verstärkt Anlass für neue, aktuelle Diskussionsprozesse. Der Zugang von Frauen zu Führungsfunktionen gewinnt an Brisanz. Ihr Anteil von sechs Prozent an allen Führungsfunktionen ist nicht zufriedenstellend, angesichts des Frauenanteils unter allen Polizeibeamten in NRW von inzwischen 16 Prozent. Es bleibt also noch eine Menge zu tun, auch innerhalb der GdP.

Redner der Fest- und Informationsveranstaltung am 23. Oktober im Bürger-saal Bilk sind u. a. Innenminister Ralf Jäger, die Duisburger Polizeipräsidentin Dr. Elke Bartels und die GdP-Frauen-vorsitzenden von Land und Bund, Martina Filla und Dagmar Hölzl.

Mehr Infos:

Martin Volkenrath, Tel.: 02 11/2 91 01 42, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de



1 Jahr LPVG: Gemischte Bilanz

„NRW wird mit dem neuen Landespersonalvertretungsgesetz wieder zum Mitbestimmungsland Nr. 1“ – das war der Anspruch, mit dem Rot/Grün bei der LPVG-Reform angetreten war. Ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Reform fällt die Zwischenbilanz, die die DGB-Gewerkschaften Anfang September auf einer landesweiten Personalrätekonferenz in Mülheim an der Ruhr gezogen haben, bescheidener aus. Aus Sicht der dort versammelten fast 500 Personalräte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, hat Rot/Grün die von der schwarz-gelben Vorgängerregierung bis zur Unkenntlichkeit geschleifte Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weitgehend wieder hergestellt, zudem seien neue

Tatbestände in das LPVG aufgenommen worden. Aber bei der Umsetzung der neuen Rechte gebe es in vielen Behörden noch erhebliche Defizite. Das gelte, so DGB-Betriebsratsvorsitzender Andreas Meyer-Lauber, vor allem für das neue Instrument der prozessbegleitenden Mitbestimmung, bei den Wirtschaftsausschüssen und in Bezug auf die Verhinderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Auch bei der Polizei gibt es noch erhebliche Widerstände seitens der Behörden bei der Anerkennung der neuen Mitbestimmungsrechte, wie der scheidende GdP-Landesvorsitzende Frank Richter auf der Personalrätekonferenz beklagte. Gemessen an dem im Koalitionsvertrag abgegebe-

nen Versprechen, im öffentlichen Dienst auf „Beteiligung, Dialog und gegenseitiges Vertauen im Miteinander“ zu setzen, gebe es noch viel zu tun. Richter erinnerte daran, dass es trotz des neuen LPVG in den vergangenen Monaten nicht mit der Polizei bereits zwei Einigungsstellenverfahren auf der Ebene des Innenministeriums sowie mehrere Klageverfahren zur Frage der Rüstzeiten und der Geschäftsordnung der Kreispolizeibehörden gegeben habe. „Da kann man schon den Eindruck gewinnen, dass unsere Partner nicht mit der gleichen Begeisterung bei der Mitbestimmung dabei sind, wie wir“, sagte Richter. Er erinnerte

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

aber auch daran, dass es nach dem Inkrafttreten des neuen LPVG eine Landtagswahl und eine Personalratswahl gegeben hat. Viele Instrumente des neuen LPVG hätten deshalb im Arbeitsalltag von den Personalräten noch gar nicht richtig eingesetzt werden können. „Der öffentliche Dienst in NRW steht vor großen Veränderungen. Für die Polizei steht unter anderem die Überarbeitung der Arbeitszeitverordnung auf der Tagesordnung. Das ist auch ein Test für das neue Mitbestimmungsrecht und die Bereitschaft unserer Verhandlungspartner, die neuen Regeln ernstzunehmen“, sagte Richter. Die Personalräte müssten dazu die neuen Handlungsmöglichkeiten allerdings auch aktiv nutzen. Die neu eingeführte prozessbegleitende Mitbestimmung und die Stärkung der Personalräte im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes böten die Chance, noch einmal zu einem echten Demokratisierungsschub in den Behörden zu kommen.

AZVO-Pol über 2012 hinaus verlängern!

Die geplante Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie wird sich weiter verzögern. Zwar hatte die EU-Kommission ursprünglich angekündigt, bereits bis Ende dieses Jahres einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie in das formelle Gesetzgebungsverfahren einzubringen, dieser Termin setzt jedoch voraus, dass es bis September zu einer Verständigung zwischen den Sozialpartnern auf der europäischen Ebene kommt. Weil das nicht geschehen ist, ist ein Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens auf EU-Ebene nicht mehr vor Mai 2013 zu erwarten. Die GdP dringt deshalb darauf, dass die Landesregierung auch die bestehende Arbeitszeitverordnung Polizei (AZVO-Pol) über das Jahresende hinaus verlängert.

„Alles spricht dafür, die Ende 2012 auslaufende AZVO-Pol zunächst zu verlängern, um den Verfahrensgang auf der EU-Ebene abzuwarten. Für voreilige Änderungen von Schichtdienstmodellen besteht kein Grund, bevor wir nicht wissen, wie die neuen, durch die EU vorgegebenen Rahmenbedingungen aussehen“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Adi Plickert. Weil die EU die Frist, in der sich die Sozialpartner auf einen gemeinsamen Entwurf für eine neue Arbeitszeitrichtlinie einigen können, bis zum Ende dieses Jahres verlängert hat, sei es immer noch möglich, Ausnahmetatbestände für die Polizei zu erreichen. Auch in der zweiten strittigen Frage, der Bewertung von Bereitschaftszeiten, ist eine Einigung noch möglich.

Beförderungsmöglichkeiten nur zum Teil genutzt

Aufstiegschancen im höheren Dienst bei der Polizei in NRW 2012



Stand: 31.08.2012
Quelle: Gewerkschaft der Polizei



Gewerkschaft der Polizei NRW

Leistung muss sich lohnen, auch bei der Polizei. Deshalb hat sich die GdP massiv dafür eingesetzt, dass die Zahl der Beförderungen im höheren Dienst im Bereich A 15 ausgeweitet wird. Von den 25 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nach A 15, die die GdP gegenüber der Politik durchgesetzt hat, hat das Innenministerium bislang aber nur einen geringen Teil genutzt, das zeigt eine aktuelle Erhebung der GdP: Bis Ende August waren von den insgesamt 48 möglichen Beförderungen im Bereich A 14, A 15 und A 16 nur 22 Beförderungen ausgesprochen. Die GdP will jetzt vom Innenministerium wissen, was der Grund für das Zurückhalten der Beförderungsmöglichkeiten ist.

Chinesische Gewerkschafter zu Besuch



Wie macht man einen Tarifvertrag? Wie gelingt es den Gewerkschaften, ihre Forderungen durchzusetzen? Und wie kann die Hürde des Streikverbots für Beamte umgangen werden?

Das waren die Fragen, die für die 20-köpfige Delegation chinesischer Gewerkschafter aus dem Raum Shanghai, die Ende August die Geschäftsstelle der GdP in Düsseldorf besucht hat, besonders interessant waren. Zwei Stunden lang standen ihnen GdP-Landesvorsitzender Frank Richter, Geschäftsführer Andreas Nowak und Tarifexperte Bernd Kohl Rede und Antwort.



GdP aktiv

24. 10., GdP-Bowling-Turnier, 18.00 Uhr, Cosmo Sports, Diepenstr. 83, Düsseldorf, gesucht werden 20 Teams á 6 Teilnehmer, Startgeld 10,- Euro pro Person, Infos und Anmeldung: GdP-Servicebüro, Tel.: 02 11/2 91 01 10

5. 11., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16.00 Uhr, Kantine PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, Dortmund. Die Jubilare werden schriftlich eingeladen

10. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Hamm, 20.00 Uhr, Maxi-Halle, Ostwennemar, Infos und Karten Tel.: 0 23 81/9 16 22 42

15. 11., Beiratssitzung mit Wahl des neuen GdP-Landesvorsitzenden, Mülheim

15. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 14.30 Uhr, Saal 152 der Signal-Iduna-Versicherung, Alter Mühlenweg 78, Dortmund (gegenüber Polizeipräsidium)

22. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14.15 Uhr, PP Bonn, großer Sitzungssaal

3. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13.00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten, Dammstr. 33, Werdohl

6. 12., Nikolausfeier der Kreisgruppe Hamm, 15.00 Uhr, PP Hamm, Raum D 305, Anmeldungen beim Vorstand

Wir sind die GdP

Für die GdP sind die jungen Männer und Frauen, die jedes Jahr am 1. September als Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung bei der Polizei beginnen, Kolleginnen und Kollegen von Anfang an. Denn sie sind die Zukunft der Polizei. Deshalb ist die Durchsetzung guter Ausbildungsbedingungen bei der Polizei eines der zentralen Ziele der GdP.

Gezielte Hilfe und Unterstützung für die Nachwuchspolizisten ist einer ihrer Arbeitsschwerpunkte. Das hat sich auch bei den Nachwuchspolizisten herumgesprochen: Von den 1400 Neueinsteigern des vergangenen Jahres sind 1262 in die GdP eingetreten.

Damit das auch in diesem Jahr so ist, haben sich die Kreisgruppen an den zehn Ausbildungsbehörden in NRW viel einfallen lassen, um die Neuen nicht nur bei der Polizei Willkommen zu heißen, sondern auch von den Vorteilen einer starken Gewerkschaft zu überzeugen. Und sie haben damit Erfolg: Von den 1400 Neueinsteigern dieses Jahres sind bereits in den ersten beiden Wochen mehr als 1200 in die GdP eingetreten. Am erfolgreichsten waren dabei die Bonner. Sie hatten bereits nach vier Tagen alle 83 Berufseinsteiger organisiert. „Wir haben das geschafft, indem wir früh auf die Neuen zugegangen sind und indem unsere Junge Gruppe die entscheidende Arbeit übernommen hat. Wer selber noch in der Ausbildung zum Polizisten ist, weiß meist am besten, wo der Schuh drückt und wie man Hürden erfolgreich meistern kann“, sagt der Bonner GdP-Vorsitzende Udo Schott. Die Bonner hatten die Neuen nicht nur am ersten Tag frühmorgens bereits vor dem Präsidium begrüßt (Foto), sondern auch schon vorweg über Facebook und CopZone erste Kontakte zu ihnen geknüpft. „Wir sind von Anfang an für die Neuen da. Das hat sich schnell herumgesprochen“, fasst Maximilian Haendschke das Erfolgsrezept der Bonner zusammen. „Wir reden nicht nur über die Probleme, die es bei der Ausbildung zum Polizeibeamten gibt, sondern helfen jedem, sie erfolgreich zu meistern“, ergänzt die Bonner JAV-Vorsitzende Maren Uhrmacher.



Neue NRW-App geht an den Start

Alle aktuellen GdP-News aus NRW direkt aufs eigene Handy bekommen? Jede Menge Termine, Broschüren und Positionspapiere auch von unterwegs abrufen? Die Durchwahlnummer und E-Mail-Adressen des Landesbezirks und der Kreisgruppen jederzeit nutzen können? – das sind nur einige der Vorteile der neuen NRW-App der GdP, die seit Mitte September für Apple- und Android-Handys abrufbar ist. Auch aktuelle Aktionen des Landesbezirks, wie die jährlichen Foren zur Verkehrs- und zur Kriminalpolitik, Infos zur aktuellen Tarifrunde, zum nächsten Familientag oder zum aktuellen Seminarprogramm sind in Zukunft mit wenigen Klicks direkt vom eigenen Handy aus abrufbar. Weitere Funktionen wie ein Schichtdienstkalender, der die mehr als

vierzig in NRW benutzten unterschiedlichen Schichtdienstmodelle online verfügbar macht, befinden sich in der Vorbereitung. Die neue NRW-App bietet damit ein deutlich größeres Informations- und Serviceangebot, als die bisherige bundesweite GdP-App.

Der Weg zur neuen NRW-App ist einfach: Alle, die bereits die GdP-App auf ihr Smartphone geladen haben, müssen nur die Aktualisierungsfunktion in ihrem App-Store aktivieren. Alle anderen finden die NRW-App in den Stores unter dem Suchwort „Gewerkschaft der Polizei“.

Der direkte Zugang zur NRW-App lässt sich mittels Laufrad problemlos einstellen. Wer in Zukunft keine GdP-News verpassen will, kann zudem die Signalfunktion aktivieren

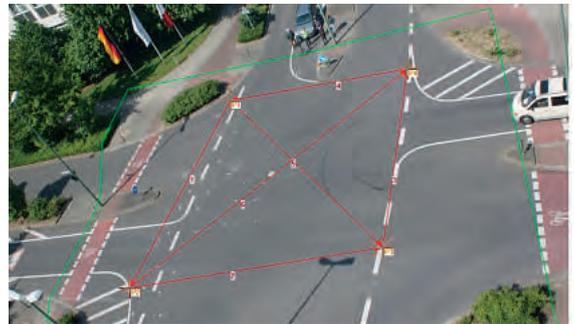


Digital abgehängt? Verkehrspolizei 2020

Computer sind längst selbstverständlicher Bestandteil moderner Kraftfahrzeuge geworden. Digitale Technik dominiert längst die Fehleranalyse in Kfz-Werkstätten. Selbst in Mittelklasse-Pkw sind komplexe Fahrerassistenzsysteme, die bei Gefahr die Kontrolle über das Fahrzeug übernehmen, auf dem Vormarsch. Bei der polizeilichen Verkehrsüberwachung und bei der Unfallaufnahme setzen sich digitale Techniken dagegen erst langsam durch. Auf ihrem Verkehrsforum am 19. November in Düsseldorf wird die GdP deshalb der Frage nachgehen, ob Ausstattung, Arbeitsweisen und rechtliche Rahmenbedingungen der polizeilichen Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme mit der Digitalisierung der Autos noch Schritt halten. In dem Forum soll zudem geklärt werden, was der Einsatz von aktiven Fahrerassistenzsystemen für die Verantwortung des Fahrzeugführers bedeutet? Welche Möglich-

keiten digitale Spuren zur Rekonstruktion eines Verkehrsunfalls bieten? Und welches Potenzial neue Verfahren zur Verkehrsüberwachung wie die digitale Abschnittskontrolle zur Geschwindigkeitsüberwachung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bieten?

Mehr Infos:
www.gdp-nrw.de



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4. 10. Josef Altendorf, Köln
Hans Engels, Krefeld
- 9. 10. Maria Deppe, Köln
- 12. 10. Theodor Frankus, Bottrop
Alwine Körrenzig, Aachen
- 20. 10. Gerhard Mellwig, Duisburg
- 25. 10. Rolf Flach, Reken
- 26. 10. Anneliese Brünger, Bielefeld
- 29. 10. Wilhelm Heister, Emmerich

91. Geburtstag

- 2. 10. Ilse Brandes, Wermelskirchen
- 3. 10. Lieselotte Altenhoff, Bochum
- 5. 10. Anneliese Scholz, Nordwalde
Gertrud Swyen, Nettetal
- 6. 10. Maria Junkers, Wesel
- 8. 10. Helene Feldhaus, Münster
Josef Rütten, Hückelhoven
- 9. 10. Sigrun Jansen, Overrath
- 13. 10. Maria Derichs, Stolberg
- 19. 10. Reinhard Bovenkerk, Isselburg
Else Werth, Wuppertal
- 21. 10. Charlotte Maaß, Wesel
Eduard Malberg, Oberhausen
Josef Toelle, Castrop-Rauxel
- 23. 10. Barbara Fläschel, Geilenkirchen
- 27. 10. Henriette Demel, Zülpich
Helmut Gunt, Hamburg

92. Geburtstag

- 3. 10. Hans Flasdieck, Wuppertal
- 19. 10. Martha Lubowski, Duisburg
- 20. 10. Margarethe Scheel, Jülich
- 21. 10. Klara Damm, Essen
Gertrud Houben, Converse/Texas

- 24. 10. Gerda Leopold, Köln
- 26. 10. Grete Rogall, Wilnsdorf
- 27. 10. Herta Laudien, Bochum
Walter Schubert, Gütersloh
- 30. 10. Margarete Knetsch, Köln
- 31. 10. Gertrud Brüggemann, Bochum

93. Geburtstag

- 10. 10. Leo Erven, Aachen
- 16. 10. Johanna Schumacher, Köln
- 24. 10. Heinz Dusen, Nettetal
- 26. 10. Gisela Passmann, Essen
- 27. 10. Heinrich Jansen, Düsseldorf
Willi Poussin, Krefeld
- 30. 10. Mathilde Lammers, Ochtrup

94. Geburtstag

- 5. 10. Charlotte Majert, Essen
- 16. 10. Erwin Zühlke, Schneverdingen

95. Geburtstag

- 27. 10. Otto Zils, Köln
- 28. 10. Hans Lingen, Köln

97. Geburtstag

- 8. 10. Peter Marx, Frechen
- 15. 10. Else Vierboom, Bochum

98. Geburtstag

- 5. 10. Margarethe Oestreicher, Köln

99. Geburtstag

- 29. 10. Johanna Lonken, Wuppertal

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 5. Oktober 2012.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Oktober 2012



Landesseniorenreise 2013

Lanzarote

17.2. - 3.3.2013



- Zug zum Flug
- Flug ab versch. deutschen Flughäfen nach Lanzarote
- Transfer Flughafen - Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im Appartement
- Alles inklusive (Details entnehmen Sie bitte der Ausschreibung)
- 1 Ganztagesausflug
- GdP-Abend
- GdP Reisebegleitung

Reisepreis pro Person
in einem Appartement mit Doppelbelegung
ab € 1.097,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • pinguin@gdp-reiseservice.de





15 Jahre lang hat Thomas Grober (45) in der Service-GmbH des Landesbezirks in der Gudastraße gearbeitet, erst als Reiseverkehrskaufmann mit dem Schwerpunkt Touristik und Gruppenreisen, dann ab 1999 als Büroleiter. Jetzt wechselt er in das Produktmanagement eines Tochterunternehmens von alltours Flugreisen.

Für viele GdP-Mitglieder ist Thomas Grober ein bekanntes Gesicht, nicht nur weil er fast von Anfang an den Ausbau der GdP-Service-GmbH von kleinsten Anfängen zu einem der umsatzstärksten Reisebüros in NRW begleitet hat, sondern auch, weil er für die Teilnehmer der Landes- und der Bundesseniorenfahrt immer der wichtigste Ansprechpartner vor Ort war, wenn es während der Reise um Fragen oder Hilfestellungen ging. Dass sich der GdP-Reiseservice in den vergangenen Jahren zu einem der größten Reisebüros in NRW entwickelt hat, liegt auch am besonderen Vorteil für GdP-Mitglieder. Bei einer Buchung über die GdP-Service-GmbH werden ihnen besonders günstige Konditionen zuteil. Und das bei einem Angebot, dass die Leistungen jedes großen Reiseanbieters in Deutschland einschließt. „Die Aufbauarbeit bei der Service-GmbH war eine tolle Zeit, aber ich bin noch jung genug, um beruflich noch einmal etwas ganz Anderes zu beginnen“, sagte Thomas Grober zu seinem Abschied.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

1. Oktober, Seniorengruppen-Vorstandswahlen und Voranmeldung für die Fahrt nach Trier/Luxemburg Oktober 2013, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Hotel Wiebracht, Cheruskerstr. 35, 33647 Bielefeld

Kreisgruppe Bochum

9. Oktober, neuer Seniorenstammtisch in Wanne-Eickel, jeden 2. Dienstag im Monat, Treffpunkt: 16.00 Uhr, Köpikneipe, Eickeler Markt 12, 44651 Herne

Kreisgruppe Heinsberg

25. Oktober, Seniorentreffen, Themen: „Versteuerung der Alterseinkünfte, Versorgungsangelegenheiten, Neu-

fassung der Richtlinien für die Seniorenarbeit“, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Restaurant Haus Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Unna

17. Oktober, Seniorentreffen, Podiumsdiskussion zum Thema: „Diskriminierung im Alter“ mit dem Landrat des Kreises Unna, drei Landtagsabgeordneten, der Superintendentin des Kirchenkreises Unna und dem Bundesseniorenvorsitzenden, die Veranstaltung ist öffentlich, Treffpunkt: 18.00 Uhr, Johann-Buxtorf-Haus, Perthesstr. 8, 59174 Kamen

Glücksnummern des Monats

45 19539
Sebastian Vogel, Hagen

45 17481
Alexander Wirtz, Bonn

45 21272
Stefanie Walterheit, Duisburg

45 06902
Sandra Sabotta, Aachen

Die Gewinner erhalten eine Umhängetasche „Galaxy“.

NACHRUF

Rolf Arold	18. 4. 1923	Mönchengladbach	Reinhard Luwinski	14. 4. 1962	Hagen
Werner Beckmann	21. 6. 1927	Münster	Erika Mathes	5. 9. 1917	Hagen
Winfried Diekmann	28. 9. 1929	Siegen	Heinrich Müller	18. 7. 1930	Bochum
Udo Düvel	19. 9. 1942	Essen/Mülheim	Irmgard Neuhaus	24. 11. 1920	Oberbergischer Kreis
Elisabeth Hantke	27. 6. 1916	Aachen	Rudi Noreiks	17. 1. 1932	Köln
Wolfgang Höhne	24. 10. 1952	BZ Carl Severing	Hans Georg Pullwitt	26. 11. 1931	Bergisches Land
Ruth Jelinek	25. 11. 1930	DHPol	Ulrich Rebsdat	4. 5. 1943	Rheinisch Bergischer Kreis
Siegfried Jung	19. 4. 1927	Essen/Mülheim	Egon Rohde	12. 9. 1924	Bergisches Land
Edelgard Kanis	11. 10. 1936	Siegen	Theo Rohmann	10. 5. 1940	Recklinghausen
Hilde Kehmer	25. 7. 1936	Heinsberg	August Scherberich	9. 7. 1925	Euskirchen
Friedhelm Kittner	4. 8. 1929	Mettmann	Hartmut Schubert	6. 3. 1944	LZPD NRW
Katharina Kneip	28. 10. 1919	Köln	Jürgen Todzey	31. 8. 1953	LZPD NRW
Peter Krahe	28. 2. 1936	Köln	Gerda Warstat	7. 2. 1939	Bottrop/Gladbeck
Hans Lebert	15. 8. 1919	Essen/Mülheim			
Helmut Lüke	19. 2. 1938	Gelsenkirchen			

